



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1907

517 (6.11.1907) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-136943](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-136943)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.
Eigene Redaktions-Bureaus in Berlin und Karlsruhe.

Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Einkaufspreis 25 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.45 pro Quartal.
Einzel-Nummer 5 Pf.

Inserate:

Die Colonie-Zeile ... 25 Pf.
Kurzfristige Inserate ... 50
Die Reklam-Zeile ... 1 Mark

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlags-
buchhandlung 919

Nr. 517.

Mittwoch, 6. November 1907.

(1. Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst
12 Seiten.

Reibereien im französischen Sozialistenlager.

(Von unserem Pariser Korrespondenten).

P. Paris, 4. Nov.

Die Einigkeit in der — vor etwa 2½ Jahren so mühsam „unifizierten“ — sozialistischen Partei Frankreichs ist wieder einmal schwer bedroht. Bisher fanden sich in ihr, wie wir öfter betont haben, zwei große Gruppen gegenüber, die „Zaureffisten“ und die „Guesdisten“. Zaures und seine Anhänger waren, wie erinnerlich, die Sieger auf den Parteitagungen von Limoges und Nancy, während Guesde in Stuttgart feststellen konnte, daß die außerfranzösischen — besonders die deutschen — „Genossen“ in ihrer Mehrheit seinen Anschauungen näher stehen als denen Zaures' und Baillants. Jetzt haben sich die bisherigen „Zaureffisten“ in zwei besondere Gruppen, die man als „Herbstisten“ und „Brouffisten“ zu bezeichnen pflegt, gespalten. Die ersten bilden die äußerste Linke der sozialistischen Partei. Sie lehnen gleich den Guesdisten jeden Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien und ihrer Regierung ab, billigen aber im Gegensatz zu Jules Guesde und seinen Anhängern die antimilitaristische („herbstische“) Propaganda, mindestens im Rahmen der Resolutionen, die in Limoges und Nancy genehmigt, in Stuttgart aber verworfen worden sind, und fordern, gleichfalls im Gegensatz zu Guesde, für die revolutionären Gewerkschaften des Allgemeinen Arbeitsbundes volle Autonomie. Die Guesdisten pflegen sie deshalb „Anarchisten“ zu nennen. Die „Brouffisten“ — so genannt nach ihrem Führer, dem Deputierten Paul Brouffe, — bezeichnen sich selbst als „Possibilisten“, da sie es vorgehen, sich in den Grenzen des Möglichen zu halten, statt mit den Träumen vom Zukunftsstaat ihre Zeit zu vergeuden. Sie stehen als rechter Flügel der Partei den Radikalsozialisten und unabhängigen Sozialisten wie Millerand, Briand und Viviani außerordentlich nahe und sind bei völliger Ablehnung der herbstisch-anarchistischen Bestrebungen Gegner der starren parlamentarischen Opposition, zu der die Guesdisten die sozialistische Partei verurteilen wollen.

Zaures hat allerdings bereits im November 1906 in Limoges die antimilitaristische Resolution Baillants, die recht herbstisch anmutet, zur Annahme empfohlen, er hat auch schon damals den Antrag der Guesdisten auf Unterwerfung der revolutionären Gewerkschaften unter die Parteidisziplin bekämpft, aber da er gleichzeitig für ein parlamentarisches Zusammengehen mit den Radikalen eintrat, nahmen Paul Brouffe und seine Freunde die herbstisch-anarchistischen Reigungen ihres Führers nicht ernst und hielten es nicht für erforderlich, sich von den übrigen „Zaureffisten“ zu trennen. Seitdem hat sich Zaures aber derartig von Guesde und den „Anarchisten“ ins Schlepptau nehmen lassen, daß ein Konflikt zwischen ihm und dem rechten Flügel seiner Gruppe unvermeidlich schien. Dieser Konflikt wird zuerst offenbar, als die

sozialistischen Deputierten Basly, Gontaur und Lamendin vor einigen Wochen den Kultusminister Briand, der wie kein zweiter von Zaures und Guesde als „Renegat“ gehäßt wird, bei seiner Anwesenheit in Lüttich begrüßten und dadurch den unifizierten Genossen von Lüttich das Signal zu einer wahren Ovation für den „Verräter“ gaben. Kurz darauf hielt Paul Brouffe mit mehreren sozialistischen Deputierten und Municipalräten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, eine „possibilistische“ Wochenschrift mit dem Titel „Le Proletaire“ zum Kampf gegen die herbstischen und guesdistischen Bestrebungen zu gründen. Die erste Nummer des „Prolo“, wie Brouffe sein neues Organ kurz zu nennen liebt, erschien am 19. Oktober. Wenige Tage später veröffentlichten die „Brouffisten“ — 18 Deputierte, 6 Municipalräte und Eugene Journaire, der Leiter der „Revue Socialiste“ — eine lange Erklärung, in der sie für sich das Recht der freien Meinungsäußerung in Anspruch nahmen und ihren Gegensatz zu den Herbstisten und Guesdisten betonten. Die nächste Folge dieses Schrittes war eine heftige Auseinandersetzung zwischen den sozialistischen Deputierten am 29. Oktober, in der die Genossen sich rät, bittre Wahrheiten gesagt zu haben scheinen. Unmittelbar nach dieser Sitzung unterzeichneten Jules Guesde und 11 guesdistische Deputierte eine Erklärung, die zugleich gegen die Brouffisten und die Herbstisten gerichtet war.

Die schwer erschütterte Einigkeit wenigstens äußerlich wiederherzustellen war die Aufgabe der jüngsten Tagung des Nationalauschusses der französischen unifizierten Sozialistenpartei, der am 1. November drei erregte Sitzungen abgehalten hat. Es fehlte in ihnen nicht an guesdistischen und herbstischen Rednern, die den Ausschluß der „Achtlosen“, d. h. der brouffistischen Deputierten forderten. Aber der Landesauschuss wagte nicht einmal gegen die drei „Schuldigen“ von Lüttich ernstlich vorzugehen, da die übrigen Brouffisten erklärt hatten, deren Schicksal teilen zu wollen. Die Guesdisten wandten sich darauf gegen Guesde, den sie wegen beleidigender Artikel gegen Guesde und andere Politiker in seiner Wochenschrift „La Guerre sociale“ heftig angegriffen. In der Frühe des 2. November einigten sich endlich 92 von 150 Delegierten (bei 29 Gegenstimmen und 29 Stimmenthaltungen) in einer langen Resolution, die das Vorgehen der Brouffisten sowie die Haltung Baslys, Lamendins und Gontaur' bedauert, allen Genossen das Recht absperrt, sich in irgend einer Weise der Partei zu substituieren, Guesde's „Guerre sociale“ und die ganze sozialistische Presse zu größerer Sittlichkeit gegenüber den Parteigenossen auffordert und allen Mitgliedern die Beobachtung der Parteidisziplin warm ans Herz legt.

Die sozialistische Einigkeit ist gefestigt denn je“. So überschreibt die „Humanité“ in ihrer Sonntagnummer den Bericht über die Tagung des Conseil national der Partei. Seltener hat eine Uebersicht des ihr folgenden Inhalts schärfer gesprochen als diese! Jean Zaures, dessen Blatt sich diesen ungenossenen Scherz leistete, hat übrigens weder an der Sitzung der sozialistischen Deputierten noch an der Tagung des Landesauschusses teilgenommen!

Politische Uebersicht.

Mannheim, 6. November 1907.

Die deutsche Marokkopolitik.

Herr Billow fühlt wieder einmal das Bedürfnis, die Ziele und Zwecke der deutschen Marokkopolitik in seiner „Südd. Reichskorresp.“ darzulegen. Unter Berufung auf spanische Blätter wurde angekündigt, es seien für den Besuch Kaiser-Wilhelms in London zwischen ihm und den Königen von England und Spanien Botschaften über Marokko in Aussicht genommen, die einen Wechsel in der dort von den Mächten bisher eingehaltenen Politik herbeiführen sollte.

Auf diese Ankündigung antwortet die offiziöse Korrespondenz:

Wir möchten von derartigen Erwartungen beiseite zurückhalten. Nach dem die Äkte von Algier als ein einziges Geleis zu betrachten, muß man sich sagen, daß ihre Grundzüge für die weitere Behandlung der marokkanischen Schwierigkeiten maßgebend bleiben. Es ist ein beliebtes Spiel, den Inhalt der Äkte von verschiedenen Standpunkten aus zu kritisieren. Es hat aber tatsächlich noch niemand für den friedlichen Ausgleich der in Marokko im Wettbewerb stehenden Interessen etwas Besseres vorzuschlagen gewagt. Ohne die Äkte hätten sich in dem seit ihrer Unterzeichnung verstrichenen Zeitraum die Vorgänge in Marokko schwerlich auf ihre örtliche Bedeutung beschränken lassen. Für Deutschland bleibt die beharrliche Geltendmachung unserer vertraglich anerkannten Rechte und Interessen der richtige Weg. Rechts davon liegt ein Verzicht zugunsten Frankreichs, wofür noch keine Kompensation gefunden ist, links die alte Einmischung, die nach einem Stück Marokko — eine Pointe, die in der deutschen Presse noch immer heimliche Liebhaber hat, am liebsten in jeder Phase der marokkanischen Wirren zurückgewiesen worden ist. Gerade die Freunde eines allmählichen Besserwerdens der deutsch-französischen Beziehungen sollten mit Vorwürfen gegen die Äkte und mit Neuerungsvorschlägen parat sein. Denn so schätzenswert alle zwischen Deutschland und Frankreich aufkeimenden anfreundlichen und nichtfeindlichen Sympathien sein mögen: die vorläufige einzige geschäftliche Grundlage der détente sind die Abmachungen von Algier und der Austausch unzulässiger Beweis von Treue gegen dieses Vertragswerk. Gerade wer es nur als eine Notbrücke einschätzt, muß wünschen, daß die Notbrücke nicht abgetragen wird, bevor anderwärts fester Grund gefunden ist.

Die Reform der Frauenbildung.

Gestern mittags empfing der „Nationalist“ zufolge der preussische Kultusminister Dr. Solle im Beisein des Departements für Mädchenschulen, Geheimrats Mayer, eine Deputation des Kongresses für höhere Frauenbildung, der am 11. und 12. Oktober in Kassel tagte. Frau Geheimrat Steinmann-Bonn betonte, daß es sich bei diesen Beschlüssen um eine gemeinsame Uebersetzung aller deutschen Frauen handle, und wiederholte nochmals die wesentlichen Forderungen zur Reform der Mädchenschule. Der Minister erwiderte, daß des preussische Kultusministerium sich seit langem angelegentlich mit dieser Frage beschäftige. Im Interesse der von der Regierung geplanten Reform tagte er zunächst die

Versunkene Welten.

Ein Roman von der Insel Sylt.

Von Kuny Wotho.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Weil ich ihn liebe!“ gab Merret laut zurück.
„Du sagst!“ Es war die helle klare Stimme der jungen Schwester, die zu Merret sprach. „Glaube ihr nicht, Ditlef, Merret obachtet sich für uns!“
„Schweiz“, herrichte das bleich gewordene junge Weib die Schwester an, die mit auf dem Rücken gekreuzten Händen herausfordernd zu der Schiebthür der breiten Bettstunde lehnte, welche die ganze Wand der alten Friesenstube einnahm.
„Wirst Du Schweigen, Jaken, denk an den Vater!“
„Ach was“, gab Jaken trotzig zurück und warf die blonden Flechten, die auf ihrer Brust auf der weißen Beize ließen, über die Schulter, einmal muß es doch gesagt werden und der Vater weiß es längst. Damals, Ditlef, als Du so lange schwiegst, als keine Seele von Dir noch Sylt kam, als Merret und auch mir glaubten, Du hättest uns vergessen, wenn Du nicht gestorben, da war die Mutter krank, Ditlef!“
„Auch die Mutter finde ich nicht mehr“, sagte er langsam. Dann irrte sein Blick zu Bidder Bootje hinüber, der bedächtig eine Brise nahm, und dann wieder umständlich nach dem Schuupfisch in den weiten Tücheln seines Rockes suchte, dabei murrend: „Der Jung hat den Satan im Leibe, ach und wir Bootjes sind so still. Freilich er stammt auch von den Älteren ab, den alten Pflzer Königen, und Könige sind alle toll.“
„Die Mutter!“ entgegnete Ditlef Stöhnen und strich mit der braunen Hand über die offne Stirn, aber die sich noch rothen ein flammend roter Hornstreifen zog, der jetzt langsam verblähte.
„Die Mutter! Ich liebe sie nicht die Mutter!“

„Sie ist von uns gegangen, Ditlef“, entgegnete Jaken leise, während Bidder Bootje sich vornehmlich schneute und das blaue gemusterte Taschentuch dann zornig in die weite Tasche seines Rockes verfracht, damit niemand die Tränen sah, die in seinen alten Augen standen.

„Jahr und Tag war sie krank“, berichtete Jaken weiter, „und als Merret aus Hamburg heimkehrte, wo sie in der Pension so viele schöne Dinge gelernt, die wir hier nicht verstehen, da rang sie verzweifelt die Hände über unser armenliches Leben.“

„Und nahm den reichen Mann!“ ergänzte Ditlef bitter, „und brach dem anderen die Treue“. „Ach wie hoch legte es sich um Merrets Lippen, aber sie sprach kein Wort. Nur ihre großen Augen hielt sie fast brohend auf Ditlef gerichtet.“

„Sei nicht hart, Ditlef, mein Jung“, sagte Bidder Bootje. „Sei nicht hart mit Merret, sie hat es nicht um uns verdient!“

„Lach doch, Vater“, wehrte Jaken und reichte die jungen Glieder fast wild empor. „Er hat ganz recht! Merret nahm den reichen Mann, weil ihr der andere die Treue brach und weil sie nicht wollte, daß ihre Mutter Hungers starb und ihr alter, gebrechlicher Vater zu Grunde ging. Ihr und wurde sie Jens Jürgens Weib, für uns Ditlef Stöhnen, so, und nun richte sie!“

Stolz ausgeredet, die grauen Augen wie dunkle Flammen leuchtend, stand das blonde Friesenkind vor dem dunkelgebräunten Manne. Sprachlos sah sie in die zornigfunkelnden braunen Augen. Die jungen Glieder bebten in heiser Leidenschaft und die roten Lippen stierten wie in unterdrücktem Weinen.

„Jaken“ rief Ditlef Stöhnen und sagte beruhigend nach den Händen des Mädchens.

„Lach mich!“ wehrte sie ihm zornig. „Was weißt Du da drücken von Sorge und Not! Was weißt Du, wie es ist, wenn der Dämon sich in den Keinen Schreierstuben zu Gast lobet, wo nur zwei Kinder der armenlichen kleinen Gemeinde zum Unterhalt kommen? Du weißt nicht von alledem, denn damals, als Du bei uns warst, kannten wir noch bessere Zeiten, weil immer noch ein kleiner Rest von Mutters Heiratsgut uns half. Krank-

heit und Not aber haben die Tür weit aufgemacht, da flog die Liebe davon, als sie sah, daß man ihr die Treue gebrochen.“

Ditlef lenkte das bärtige Haupt tief auf die breite Brust. So fand er eine Weile in dumpfem Schwärzen. Jaken sah ihn daob angstvoll, halb forschend an, Merrets Augen funkelten ihm in zorniger Abwehr entgegen. Er sah es gar nicht. Jetzt hob er zudringend den Blick.

„Auch die Mutter finde ich nicht mehr“, sagte er langsam. Dann irrte sein Blick zu Bidder Bootje hinüber, der bedächtig eine Brise nahm und dann wieder umständlich nach dem Schuupfisch in den weiten Tücheln seines Rockes suchte, dabei murrend: „Der Jung hat den Satan im Leibe, ach und wir Bootjes sind so still. Freilich er stammt auch von den Königen ab, den alten Pflzer Königen, und Könige sind alle toll.“

„Lach doch, Vater“, wehrte Jaken ab.

„So habe ich wohl hier nichts mehr zu schaffen!“ kam es hart und hochweise von Ditlefs Lippen, während er sich der nebenher Tür zuwandte, „ich kann nun wieder gehen, fremd wie ein Bettler.“

„Nicht also Ditlef“, bat Jaken weich und ein überaus lieblicher Ausdruck verklärte ihr blühendes Antlitz. „Du bist doch unser Bruder. Bleib! Die Stammer, wo Du immer gehst, ist leer. Bleib bei uns, Ditlef und laß uns Frieden machen.“

„Du mußt dableiben, Jung“, schluchzte der Alte. „Du bist ein Königssohn!“

Merret sprach kein Wort. Ihr Auge hing mit seltsamem, rätselhaftem Ausdruck an dem finsternen Gesicht des braunen Seemanns, den sie geliebt, als er noch ein Jüngling war, und der ihr jetzt fremd geworden, da er zum Manne gereift.

„Nun, willst Du nicht auch bitten, daß ich bleibe“, herrichte er Merret an. „Willst Du und Dein Weib die Kammer räumen, damit der Heimaloch eine Stätte findet? Oder braucht der Dämon, das Kind des fremden Mannes, der mir mein Glück nahm, die Stätte, die dem Heimaloch verjagt ist?“

Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche zu und hat, alle Einzelheiten wenigstens bei Seite zu stellen. Herrlein Dr. Baumert sprach den Wunsch aus, die zur Zeit vorhandenen sechsjährigen Gymnasial- resp. Realgymnasialkurse nach sechs- oder siebenjähriger Mädchenschulzeit bestehen zu lassen. Minister Hölle sagte auch hier wohlwollende Erwägung zu. Endlich trat Herr Professor Weber dafür ein, daß, wenn die Errichtung eigener Studienanstalten undurchführbar sei, begabten Mädchen nach süddeutschem Vorbilde auch in Preußen der Besuch der höheren Knabenschulen gestattet werde.

Deutsches Reich.

(Auch die Kaiserin) nimmt nicht an der Englandfahrt teil. Die Braut des Prinzen August Wilhelm ist im Berliner Stadtschloß an Eindhoven erkrankt. Die Ärzte befürchten, daß die Krankheit weitere Verbreitung finden könnte. Unter diesen Umständen hat die Kaiserin die Mitreise nach England zu ihrem Bedauern aufgeben müssen. Der Kaiser wird die Reise programmäßig ausführen und im Anschluß daran auf ärztlichen Rat zur Behebung des immer noch andauernden Katarrhs ein paar Wochen im Intognito auf der Insel Whigby verweilen.

(Der Fall Schroers). Geheimrat Elster aus dem Kultusministerium ist zur weiteren Marstellung des Falles Schroers in Bonn eingetroffen.

(Von deutscher Empfindlichkeit) weiß ein Berliner Blatt ein Märchen zu erzählen. Der dortige „Matin“ behauptet, der Zusammenritt der holländisch-belgischen Kommission habe in Deutschland Beunruhigung hervorgerufen. Das Blatt will wissen, daß die deutsche Regierung durch den deutschen Gesandten bei der belgischen Regierung das Ersuchen gestellt habe, der Kommission keinerlei offizielle Unterstützung zu gewähren und ihrem Zusammentritt kein Relief zu verleihen. Einen gleichen Schritt habe die deutsche Regierung bei der holländischen Regierung unternommen. Von beiden Seiten sei geantwortet worden, daß die Kommission einen absolut privaten Charakter trage, und keines der beiden Länder verpflichtet. Der Empfindlichkeit der deutschen Regierung, behauptet der „Matin“, sei dadurch Rechnung getragen worden, daß die belgische Regierung bei der getriggen Menarifikation der Kommission durch kein Mitglied vertreten gewesen sei.

Das Wolffsche Telegramm-Bureau ist ermächtigt, die Legende zu zerstreuen: Die deutsche Regierung hat keine Schritte in dem ihr vorkommend zugesprochenen Sinne getan.

(Die Eirberufung des preussischen Landtages) ist der „Nordd. Allg. Zig.“ zufolge, soviel bisher feststeht, für einen Tag der letzten Novemberwoche zu erwarten.

Badische Politik.

Reform der Gemeinde- und Städteordnung.

Dr. Carlstraße, 5. Nov. (Von unserem Carlstr. Bureau.) Die heutige gut besuchte Monatsversammlung des hiesigen liberalen Vereins beschäftigte sich mit der Reform der badischen Gemeinde- und Städteordnung. Die beiden Redner erstarrten Stadtrat Dietrich und der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Herrmann. Stadtrat Dietrich gab einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der badischen Gemeinde- und Städteordnung und kennzeichnete schließlich den heute bestehenden Zustand. Er führte u. a. folgendes an:

Die Grundzüge unserer heutigen Gemeindeverwaltung in Baden wurde durch das Gesetz vom Jahre 1831 über die Verfassung der Verwaltung der Gemeinden gelegt. Zwei Grundzüge vor allem stellte dieses Gesetz auf. Einmal brachte es die Gleichstellung aller Bürger, indem es das aktive und passive Wahlrecht und das Recht der Teilnahme an den Gemeindeangelegenheiten verlieh, und durch die so zurückgestellten Bürger mit gleichem Wahlrecht Bürgermeister und Gemeinderäte direkt wählen ließ, und sodann die Vereinfachung der Verordnungsgebung der Gemeinden durch den Staat und die Stellung der Gemeinden unter Staatsaufsicht darstellte, daß nur in gewissen Fällen dessen Zustimmung eingeholen war. Diese grundsätzliche Reform wurde Schritt für Schritt von der Reaktion wieder beseitigt. Schon im Jahre 1837 wurde der Bürgerauschuss, der bis dahin nur in den größeren Gemeinden zugelassen, nicht vorgeschrieben war, — während die normale Vertretung der Bürgerchaft die Versammlung aller Bürger war, — in den größeren Gemeinden obligatorisch gemacht, und ihm die Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte übertragen, und dabei die Bürgerchaft für die Wahl der Bürgerauschussmitglieder in 3 Klassen eingeteilt. Im Jahre

1851 machte man den Bürgerauschuss in allen Gemeinden mit über 90 Bürgern obligatorisch und ging bei der Einteilung der Bürger bei der Wahl zum Bürgerauschuss zum reinen Dreiklassenwahlrecht über. Gleichzeitig wurde überall die Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte den Bürgerauschüssen übertragen. Damit war die direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte so gut wie beseitigt. Da kam in den vier nächsten Jahren totale Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Freiheit der Niederlassung, des Gewerbetriebs, der Erbschafts- und die Vererbung des Armenrechts zur Folge hatte. Mit der Auflösung jener Rechte von der Bürgergemeinschaft wurde die Art an das Fundament der alten Gemeinde, den Bürgerverband, gelegt. In den Jahren 1870/71 wurde unter Aufrechterhaltung des Bürgerverbandes die direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte der Bürgerchaft wieder zugeführt, die alte Schöpfung bei der Klasseneinteilung der Wähler zum Bürgerauschuss wieder eingeführt. Dabei blieb aber die Gemeinde als Bürgerverband bestehen, und Bürger war nur, wer durch Geburt oder Aufnahme in den Bürgerverband das Bürgerrecht erworben hatte. Dem half zunächst für die größeren Städte die Städteordnung vom Jahre 1874 ab, indem sie an Stelle der Bürgergemeinschaft die Einwohnergemeinschaft setzte. Um aber den Einfluß der unteren Klassen nicht zu groß werden zu lassen, wurde für die Wahl zum Bürgerauschuss gleichzeitig die Bürgerchaft in der Art in die 3 Klassen eingeteilt, daß die Klasse der Höchstverdienenden das erste Drittel, die mittlere Klasse die nächsten zwei Drittel, die dritte Klasse aber die übrigen neun Drittel der Bürgerchaft umfaßte, und gleichzeitig wurde der Bürgerauschuss zum Wahlförpers für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen gemacht. Durch die Gesetze der Jahre 1890 und 1896 wurde sodann die Einwohnergemeinschaft auch in allen anderen Gemeinden eingeführt, gleichzeitig die direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte in allen Gemeinden über 500 Einwohner beseitigt, und gleichzeitig die Klasseneinteilung für die Wahlen zum Bürgerauschuss geändert durch Einführung der sogenannten Stimmstellung in Orten über 4000 Einwohner, Reumteilung in Orten über 1000 Einwohner und Schöpfung in Orten über 500 Einwohner. Der heutige Zustand stellt sich folgendermaßen: Die Wähler werden für die Wahl zum Bürgerauschuss nach Maßgabe der steuerlichen Leistungsfähigkeit folgendermaßen in Klassen eingeteilt; es umfaßt von der Bürgerchaft:

In den Städten der Städteordnung	In den übrigen Gemeinden über 4000 Einwohner	In den Gemeinden über 1000 Einwohner	In den Gemeinden über 500 Einwohner
die I. K. 1/3	1/3	1/3	1/3
die II. K. 2/3	2/3	2/3	2/3
die III. K. 2/3	2/3	2/3	2/3

In den Gemeinden unter 500 Einwohnern tritt an Stelle des Bürgerauschusses die Gemeindeversammlung. In allen Gemeinden über 200 Einwohner wählt der Bürgerauschuss die Gemeinde- bzw. Stadträte und die Bürgermeister, in den Gemeinden unter 200 Einwohnern dagegen ist direkte Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister. Wählberechtigt sind in den Städten der Städteordnung die sogenannten Stadtbürger, in den übrigen Gemeinden die Bürger, d. h. diejenigen, die nach Bürgerrecht durch Geburt oder Aufnahme das Bürgerrecht besitzen und die wahlberechtigten Einwohner.

Der von diesen Wählern unter Jugendbegleitung des Dreiklassenwahlrechts in obigem Sinne gewählte Bürgerauschuss ist nun im Gegenstand zum Stadt- bzw. Gemeinderat, der das eigentliche Verwaltungsorgan der Gemeinde ist, und ohne den der Bürgerauschuss in der Regel überhaupt nicht beschließen kann, nach unterm badischen Recht zur Mitarbeit in der Gemeindeverwaltung nur in den vom Gesetz in einzelnen bestimmten Fällen berufen, und hat auch nur in diesen Fällen ein Recht zu kontrollieren, daß seine Beschlüsse beschlußgemäß zur Ausführung kommen. Der Grund, warum derselbe bei uns in Baden so wenig zur Geltung kommt, liegt darin, daß er immer zugleich aus dem Gemeinderat bzw. Stadtrat besteht, der seinerseits eigentlich nur eine engere Kommission des Bürgerauschusses ist, und der Oberbürgermeister (Bürgermeister) den Vorsitz führt, und dafür zu sorgen hat, daß die vom Stadtrat auf die Tagesordnung gesetzten Vorlagen besprochen werden. Dazu kommt, daß der Stadt- bzw. Gemeinderat jederzeit, auch während der Sitzungen getrennt beraten und beschließen kann, seine Vorlagen zurückziehen oder ändern, und dadurch auch die Beschlußfassung des Bürgerauschusses modifizieren kann. (Weiß.)

Nach der politischen Seite hin beleuchtete Kommerzienrat Carlstraße die heute zu Recht bestehende Gemeinde- und Städteordnung, wobei er folgende Reformvorschläge der Versammlung unterbreitete:

Wie kann der Bürgerauschuss von der Bevormundung durch den Stadtrat befreit und zum maßgebenden Organ der Selbstverwaltung gemacht werden? 1. Ein Gegenstand, den die Mehrheit des Bürgerauschusses oder der Vorstand der Stadtbürgerchaft oder eine bestimmte Zahl von Stadtbürgern beraten wissen möchte, muß auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bürgerauschusses gesetzt werden. 2. Der Bürgerauschuss muß beschließen

können, daß in einer begrenzten Sitzung über einen Gegenstand, der nicht auf der Tagesordnung steht, beraten, aber nicht beschließen wird. 3. Eine dem Bürgerauschuss zugeordnete Vorlage darf nur auf Beschluß des Bürgerauschusses an den Stadtrat oder eine gemischte Kommission zurückverwiesen werden. Die Stadtbürgerchaft hat keine auch nicht in der Lage, Vorlagen des Stadtrats gründlich genug prüfen und die Stadtbürgerchaft in ihrer Tätigkeit genügend kontrollieren zu können. Der Stadtbürgerchaftsvorstand muß das Recht und die Pflicht haben, Sitzungen der Stadtbürgerchaft einzuberufen, in denen er die Beschlüsse, die ihm durch das Gesetz übertragen sind, im Benehmen mit den Stadtbürgerchaften vorlegt und die Kontrolle der Stadtbürgerchaft besorgt. Dann wird auch vom Rechte der Stadtbürgerchaft und der Kritik unabhängiger Vorlagen ein ausgiebiger Gebrauch gemacht werden. Die Kontrolle der Stadtbürgerchaft, insbesondere die Rechnungsabfertigung, ist ganz in die Stadtbürgerchaftsversammlung zu legen. Die Einrichtung ständiger Kommissionen, die mit Stadträten, Stadtbürgerchaften und andern Bürgern zu bestehen und vom Bürgerauschuss zu ernennen sind, muß ausgebaut werden. In der Schöpfung des Initiationsrechts des Bürgerauschusses und der Stadtbürgerchaft wird ein energischer Fortschritt in der freiwilligen Entwicklung unserer Kommunalverwaltung zu erblicken sein, als in der weitergehenden Liberalisierung des Gemeindeverwaltungswesens. Doch auch dieses muß mit den Bedürfnissen und Forderungen der Zeit wieder in Einklang gebracht werden. Wie bei den Landtags- und Reichstagswahlen sollte das wahlfähige Alter auf 25 Jahre festgesetzt werden und nach Maßgabe der Lebensstellung sind alle diejenigen zur Wahl zugelassen, die nicht unselbständig sind. Die Wahl von Bürgermeistern und Gemeinderäten soll von den Wahlberechtigten selbst, nicht vom Bürgerauschuss besorgt werden in all den Gemeinden, die nicht größer sind, als daß man auch bei direkter Wahl noch eine umfängliche und richtige Auswahl der Persönlichkeiten erwarten darf. Die Frage, ob die Wahl durch den Bürgerauschuss auf die Städte- und Städteordnung zu beschränken ist, oder ob man sie auch für andere große Gemeinden beibehalten soll, wird von den städtischen Behörden selbst gelöst werden müssen; keinesfalls aber sollte man mit der Beschränkung der direkten Wahl auf Gemeinden unter 4000 Einwohner herumtölpeln; und auf alle Fälle sollte Vorkehrung getroffen werden, daß in größeren Gemeinden, etwa von 3000 oder 4000 Seelen an, durch Einführung irgend einer Form des Proporz auch im Gemeinderat die Minderheiten vertreten sind. Für die Wahl der Stadtbürgerchaften halten wir an der Klassenwahl fest, da es gefährlich erscheint, besonders in dem Augenblick, wo wir den Bürgerauschuss und den Stadtbürgerchaften einen größeren Einfluß auf die Stadtbürgerverwaltung verschaffen wollen, die Stadtparlamente den besitzlosen Klassen aufzulösen. Um die Minderheiten zur Geltung kommen zu lassen, ist der Proporz einzuführen. Die städtische Klasseneinteilung aber ist zu beseitigen. Die Klasse der Niederstverdienenden soll nicht mehr als eines die Hälfte der Wahlberechtigten umfassen. Ob man Reumteilung, Schöpfung oder Schöpfung einführt, wird wesentlich davon abhängen, ob man das Verhältnis der Wählerzahl in den beiden oberen Klassen wie 1:3 oder wie 1:2 gehalten will. Die Entscheidung dieser Frage kann nur auf Grund eines umfassenden Zahlenmaterials gefaßt werden, das von der Regierung der Kammer zur Verfügung zu stellen ist. Diese Vorschläge werden viele Politiker nicht befriedigen, den einen werden sie zu weit, den andern nicht weit genug gehen. Wir verfolgen damit keinen agitatorischen Zweck, sondern wollen damit Vorschläge machen, die unserer Erachtens eine gesunde und moderne Ausgestaltung der Selbstverwaltung verbürgen. Wir wollen bündig, aber nicht einseitig vorwärts auf dem Pfade des Fortschritts, sondern auf der ganzen Front. (Weiß.)

In der Diskussion erklärte sich auch der freisinnige Stadtrat Dr. Weiß dahin, daß er es für wichtiger hält, die Kompetenzen des Bürgerauschusses zu erweitern, als das Gemeindewahlrecht zu demokratisieren. Zentrum und Sozialdemokratie seien für die Demokratisierung des Wahlrechts aus rein agitatorischen Gründen. — Gegen 12 Uhr wurde die Versammlung nach kurzer Diskussion geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 6. November 1907.

Sitzung des Bürgerauschusses

am Dienstag den 5. November.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Oberbürgermeister Dr. Weiß führt fort:

Wenn wir die Probe darauf machen wollen, ob ein solcher Gehalt der Ausführung wert ist und ob er allseitig Sympathie verdient, so dürfen wir uns nur einen Augenblick nicht in die Rolle der Gebenden, sondern in die der Empfangenden versetzen. Wären unsere Mitvorbereiter vor 100 Jahren nicht eine kleine Schaar von etwa 17 000 durchschnittlich armer Teufel gewesen, sondern hätten sie als Vertreter eines kraftvollen Gemeinwehens eine für die Nachkommen nach 100 Jahren veranschaulicht anwachsende Summe von 10 000 M. bestimmt, mit welcher Freude würden wir es begrüßen, wenn wir heute das Kapital oder nur die Zinsen desselben zu gemeinsamen

„Weiß“ schob Herrmann mit stoischem Atem, „ach, Du hast hier noch zu tun!“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

„Herrmann!“ rief er aus, „bis in die Lippen erlosch.“

Zwecken, zu edlen Wohlfahrtsausgaben verwenden könnten, wie würden heute Tausende unserer Mitbürger die Namen der Vorfahren segnen, mit welchem Jubel wäre von uns — den Empfangenden — jener glücklichen Gezeiten in allen Tonarten gepriesen, Jubelhymnen wären gedichtet und komponiert worden auf jene vortheilhaften Männer, deren Entschluß zu sein wir uns rühmen dürfen; ich höre im Geiste in Feststimmungen begeisterungsvoll rühmend den Weisheit, die vornehmste Gemüthsweise, die auch an die Zukunft, die auch der späteren Entschluß gedacht hat, die nicht dem egoistischen Grundsatze: „Selbstessen macht fett“ gehuldigt hätten. Und heute: Ja heute, verehrter Bauer, liegt die Sache ganz anders. Der Empfangende begrüßt mit Jubel denselben Gedanken, den der um eine Spende Angegangene herb und herzlich von sich weist und sich die Taschen fest zuklemmt, damit kein arbeitsamer Groschen herausfällt.

Ja, sagt man uns, aber die schwersten Bedenken lassen sich doch gegen diesen sonderbaren Vorschlag vorbringen — Nun hören wir dieselben der Reihe nach, wie sie der Herr Obmann darlegte: Er sagt: wenn Jemand Feste feiert, soll er sie auch bezahlen. Wollen unsere Nachkommen in 100 Jahren eine Jahrhundertfeier begehen, so sollen sie auch die Kosten tragen; haben sie kein Geld, sollen sie es heben lassen. Meine Herren: Sehr freundlich und herzlich ist dies gerade nicht gedacht unserer Entschluß und Urenkel; das Gefühl eines schuldhaften, solidarischen Gemeinwohlers, das wie eine große Familie denkt und fühlt, kommt bei dieser nichternen Argumentation sicherlich nicht zum Durchbruch. Aber der Einwand ist auch total falsch. Ist denn nur „von Feste feiern“ die Rede als Zweck der von uns vorgeschlagenen Stiftung? O, nein; es ist in dem Vortrag an den Bürgerausschuß überhaupt nur von Wohlthätigkeit und erst in dem nachträglich angefügten Kundententwurf von teilweiser Verwendung zur Veranstaltung von Festlichkeiten, im Uebrigen aber von edlen und gemeinnützigen Zwecken die Rede. Hinsichtlich der Letzteren wollen wir nicht vorgreifen, sondern die Zweckbestimmung den Nachkommen überlassen, weil Niemand heute zu ermessen vermag, was in 100 Jahren besonders gut tut. Wir dürfen fest vertrauen, daß auch in 100 Jahren die Männer, die an unserer Stelle hier zu wirken haben, das Herz auf dem rechten Fleck haben und in dankbarer Erinnerung an uns, die Stifter, das Richtige treffen werden, was für ihre Mitbürger eine wirkliche Wohltat ist. Und denken wir uns nun noch den Fall, daß das vierte Jubiläum in eine gleich trübe Zeit wie das erste und zweite fallen würde. Wäre es dann so schlimm, wenn die armen in Trübsal und Not lebenden Nachkommen vielleicht einen kleinen Teil des aus einer besseren Zeit zu ihnen Dank des vornehmen Sinnes ihrer Ahnen herübergeretteten Kapitals verwenden würden zu einer bescheidenen Feier — vielleicht der einzige Lichtblick und Freudenstraß in trostloser Zeit? Ich würde wenigstens auch hierin nicht einen Mißbrauch des Stiftungskapitals erblicken.

Aber — jetzt kommt der Haupteinwand des Herrn Obmanns — die Summe von 10 000 M. für ein späteres Jahrhundert auszugeben, ist zu eine Verschwendung; es gibt doch heute schon viele dringendere Verwendungszwecke für 10 000 Mark; man muß auch an Sparen denken.

Gewiß, meine Herren, man muß sparen und ich glaube, mich rühmen zu können, daß ich seit 17 Jahren unausgesetzt für das Sparen energisch einträte und daß die meisten Kämpfe, die ich im Stadtrat und Bürgerausschuß führen muß, sich eigentlich fast immer darum drehen, daß ich im Interesse der Ordnunghaltung der Gemeindefinanzen manche der Stadtbudget angelegenen Ausgabe energisch bekämpfe. Aber, daß eine einmalige Ausgabe von 10 000 Mark — zu bestreiten nicht aus den ordentlichen Einnahmen, aus Umlageerträgen, sondern aus Rücklagen und Ersparnissen früherer Jahre — in dem Budget einer Gemeinde, die alljährlich 15 Millionen verausgabt, eine ausschlaggebende Rolle spielen, ist unrichtig. Und wenn unsere Nachkommen die Chronik unserer dreihundertjährigen Jahreshistorie durchblättern und darin finden, werden daß wir während der Jubiläumzeit 10 000 Mark an einem einzigen Abende bei einem Gastmahle mit der einzigen klar erweislichen Folge eines Meilenlaters veräußerten, wenn sie lesen, daß wir für ein Rosenfest rund 12 000 Mark für das Fest der Kaiserin Dama rund 20 000 Mark nach dem Sage: „Wer nichts wagt, gewinnt nichts“, allerdings mit glänzenden Erfolge verausgabten, so werden sie über den plötzlichen Zugewinn des Vermögens, über die plötzliche Uebermittlungsstimmung höchlich lächeln, vielleicht sogar in einer Ablehnung der Vorlage ein doppeltes Heureka erblicken und glauben, daß wir damit die vorwiegendsten Sünden in nachträglichen Schamhaftigkeitsumwandlungen verdecken wollen.

Der Herr Obmann fürchtet nur, daß bei dem Festhalten des Zinsfußes von 5 Prozent, das allein das zierlichste Anknüpfen der Summe ermöglicht, später durch die Zulagen zum Zinsfuß große Opfer den Nachkommen zugemutet werden. Alles hängt vom Zinsfuß ab, steigt derselbe im nächsten Jahrhundert, — was volkswirtschaftlich nicht unmöglich erscheint — so hat die Stadtkasse niemals etwas zuzulegen. Es wird sogar

die von uns in Aussicht genommene Summe entweder schon früher erreicht oder sie wächst in 100 Jahren noch höher an, als wir berechneten. Aber, wenn wir auch der heutigen geringeren Zinsfuß zugrunde legen, so bleibt das alljährliche Opfer in den ersten Jahrzehnten ein recht geringes, in dem ersten halben Jahrhundert steigt es nur bis zu 6-700 M. und erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wird das Opfer größer. Aber diejenigen, die dann das Opfer tragen müssen, nähern sich auch schon dem Zeitpunkt, in dem das Kapital ausgeschüttet wird. Er scheint das Opfer ihnen gleichwohl zu groß, so sind sie ja außerdem und können jeden Tag im Bürgerausschuß beschließen, das Opfer in Bezug auf zu bringen. 4. Vielleicht wird noch manches Bedenken schweben, wenn ich zugebe, daß ich in der gestellten und allmählich anwachsenden Summe zugleich einen Notpfennig für die schlimmste Zeit erblicke. Wer vermag den Wechsel der Zeiten und der Geschicke einer Stadt zu erblicken? Kann nicht ein Augenblick der höchsten Not kommen, in der unsere Nachkommen unser Andenken segnend auf diese Stiftungssumme greifen nach dem Sage: „Not kennt kein Gebot“? Es ist die Einrichtung getroffen, daß alles auf das Jubiläum Bezügliche sorgfältig in zahlreichen gleichlautenden Bänden gesammelt der Nachwelt und dadurch auch dasjenige verewigt wird, was heute über eine Jubiläumstiftung gesagt und beschlossen ist.

Sicher wird die Jubiläumsumme in 100 Jahren sich auch mit diesem vom Stadtrat zweimal gelassenen Beschlusse eingehend befassen. Die Zukunft wird entscheiden, ob die Nachwelt ihnen, den Epochen, die das Jubiläum kommen werden, Recht gibt oder nicht. Ich habe Bedenken, daß nicht mit einem verhältnismäßig so geringen Opfer der schöne Gedanke einer gemeinnützigen Stiftung zur Ausführung kommt, die in Unterstützung des patriotischen Gegenwarts-eposismus den Bedürfnissen einer kommenden Generation zu gute kommen soll.

Möge jeder heute so sprechen und stimmen, wie er es wünschen möchte, daß die Nachkommen in 100 Jahren es über ihn lesen und hören. Jedenfalls leben wir — der Stadtrat — und unseres Antrags nicht zu schämen.

Herr Obmann: Sie werden mir im Jahre 2007 im Vergleich zum Oberbürgermeister dastehen. Was sie im Jahre 2007 über mich sagen, richtet mich nicht mehr. Auch meine Urenkel werden nicht schlecht von mir denken. Dagegen werde ich nach dem stenographischen Bericht sagen: Der Herr Oberbürgermeister hat mir noch nicht gesagt, wo der Jubiläumsschiff ist, dem die 10 000 Mark entnommen werden sollen. Hat er vielleicht die Hauptrolle absichtlich übergeben? Dann sagt der Herr Oberbürgermeister, der Fonds sei für einen wohlthätigen Zweck bestimmt. Vorn steht allerdings wohlthätiger Zweck, in der Uebersicht aber steht teils zur Verwendung von Festlichkeiten, teils zu gemeinnützigen Zwecken. Der Fonds soll auf 1 200 000 Mark anwachsen. Wir hätten demnach 400 000 Mark in 100 Jahren beizubehalten, wenn man einen Zinsfuß von 3 Prozent annimmt. Der Herr Oberbürgermeister spricht von einer Heulelei. Das ist unrichtig. Ich sage ganz genau, warum wir das Geld nicht geben wollen: Wir wollen uns keine Vorbeeren für unser Volk beschaffen. Dann ist von dem Notpfennig gesprochen worden. Wenn wir eine Stiftung machen und dabei voraussehen, daß sie zu anderen Zwecken verwendet wird, so ist das ein merkwürdiger Standpunkt. Notpfennige waren bisher nicht Mode. Ich glaube auch nicht, daß die Stadt Geld dazu hat.

Oberbürgermeister Dr. Veit bemerkt, im Stadtrat habe man die Ansicht des Herrn Obmanns Selb, daß die Anfrage wegen des Jubiläumsschiffes absichtlich übersehen worden sei, nicht geteilt, denn gerade über diesen Punkt seien eingehende Anfragen gestellt worden. Eine detaillierte Abrechnung über den Jubiläumsschiff könne erst zu Anfang nächsten Jahres gegeben werden. Heute könne er nur soviel sagen, daß aus dem Jubiläumsschiff 10 000 M. ohne Weiteres zur Verfügung stehen. Die 10 000 M. könnten auch nur dem Jubiläumsschiff entnommen werden, weil die ausdrückliche Weisung des Stadtrates so lautet. Ueber den Zinsfuß lasse sich streiten. Doch er erhebt sich zurückgehen werde, glaube er bestimmt bezweifeln zu müssen. Er nehme deshalb den heutigen Zinsfuß von 4 vSt. an, nach dem die Berechnung aufgestellt sei. Und de Lage er, daß im ersten halben Jahrhundert die ganze Belastung im äußersten Fall 6-700 M. betrage. Wir haben keinen Notpfennig überlassen, weil wir aus traurigen erdärmlichen Zeiten herausgewachsen sind. Da konnte man nicht verlangen, daß unsere Vorfahren einen Notpfennig sähen. In den letzten 15 Jahren sei es zum System erhoben worden, Schenkungen und Stiftungen bei der Stadtkasse anzulegen und dort verwalten zu lassen.

Herr Ullrich führt aus: Ich gehöre mit meinen Fraktionsgenossen auch zu denjenigen, die das Odium auf sich nehmen, in 100 Jahren als lächerliche Kerle bezeichnet zu werden. Wir können uns nicht entschließen, dem Antrage des Stadtrates zuzustimmen. Es ist nicht leicht, auf die formvollendete, wundervolle Gradrede des Herrn Oberbürgermeisters zu antworten. Wenn nach 100 Jahren die Nachkommen diese Rede lesen werden sie sagen: das war ein großer Redner! Schade nur, daß die schöne Rede nicht gehalten hat, denn soweit ich die Stimmung kenne, wird dieser Antrag bekräftigt werden. Es würde zu weit führen, wollte ich alle Gründe, die gegen den

Antrag sprechen, nochmals wiederholen. Herr Obmann Selb hat mir Recht gesagt: Was unsere Nachkommen in 100 Jahren von mir denken, höre ich nicht. Die Leute brauchen dann vielleicht die Summe garnicht. Die Verhältnisse können in 100 Jahren viel günstiger sein, denn unsere Nachkommen ist noch vieles vorbehalten. Sie werden vielleicht sagen: Unsere Vorfahren sind dumm gewesen, daß sie das Geld angelegt haben. Wir brauchen es so garnicht. Der Notpfennig widerpricht dem. Was haben wir denn davon, wenn sie mit dem Geld machen können, was sie wollen. Ich will das Odium auf mich nehmen und von mir sagen lassen: Blui Teufel, die haben mein gesamt! Wir werden den Antrag ablehnen.

Herr Ullrich bemerkt, so lange man noch Hunderte von Kindern habe, die nicht in die Ferienkolonien geschickt werden könnten, müsse seine Fraktion die Vorlage ablehnen.

Herr Dr. Frank führt aus: Er habe bei den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zugunsten der Vorlage nur einen einzigen Grund entnehmen können, und der sei der, gewissermaßen durch die Ablehnung der Vorlage um die Hoffnung bringen, nach 100 Jahren durch die dann lebenden Dichter Sagen zu werden. Ich muß gestehen, daß diese Aussicht mir nicht sehr attraktiv erscheint. Ich habe zu erklären, daß die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder die Vorlage ablehnen müssen. Wir wissen, daß wir einen weitläufigen Stadtrat, insbesondere einen weitläufigen Herrn Oberbürgermeister haben. Aber hier geht es zu weit. Er ist weitläufig. Wir sind der Ansicht, daß wir in diesem Punkt vollständig mit unseren Ansichten über die Resultate der Vorlage im Einklang stehen. Wir haben keine Dokumente. Das einzige Dokument ist der Rückblick aus dem Jahr 2000. Ich habe in dem Roman gefunden, daß im Jahre 2000 Zins und Geld abgedaßt sein sollen. (Heiterkeit.) Deshalb habe ich keine Lust, mitzuarbeiten an Dingen, die unter Umständen völlig wertlos sein werden. Ich übersehe dabei nicht, daß das Dokument nicht vollständig abschließt mit dem Zeitpunkt, den der Stadtrat in Aussicht genommen hat. Der Rückblick aus dem Jahre 2007 wird vielleicht ein bißchen anders ausfallen, als aus dem Jahre 2000. Das eine oder bin ich überzeugt, wie der Rückblick aus dem Jahre 1907 eine arbeitende, eine fröhliche Stadt gewesen ist, aber eine Stadt, die sich nicht mit Träumen besetzt hat, daß selbst unsere Stadtbewohner, nach nützlicher Prüfung der städtischen Angelegenheiten zur Vorlage gekommen ist, und ich bin überzeugt, daß unter den Verdiensten der Stadtbewohner des Jahres 1907 im Jahre 2007 auch die Ablehnung der Vorlage figurieren wird.

Oberbürgermeister Dr. Veit: Ich möchte nicht eine Leande sich bilden lassen, zu welcher die beiden vernommenen Ausschüsse des Herrn Dr. Frank Anlaß geben könnten: Ich möchte nur die Ueberzeugungswirklichkeit unserer heutigen Zeit bekräftigen, wenn ich von Jubiläum etc. sprache. Ich hoffe, daß das kommende Jahrhundert mit diesen allgemein eingetragenen Ueberzeugungswirklichkeit unserer Zeit, mit all dem Wirsage von Festreden und Jubiläumsschiffen anfräumen wird.

Herr Gieseler bemerkt: Ich bin der Ansicht, daß dem Antrage des Stadtrates ein ganz vernünftiger Gedanke zugrunde liegt. Wenn wir in unserer Stadt etwas leisten könnten, so geschähe dies nicht mit unseren Mitteln, sondern mit denjenigen unserer Vorfahren und den aufgelaufenen Zinsen. Es wäre etwas anderes, wenn wir die Mittel erst aus den Anlagen herauspressen müßten. Aber wenn das Geld bereits da ist, da ist es für mich wirklich wunderbar, daß man, nachdem man Hunderttausende ausgegeben hat, die zumal 10 000 Mark abnehmen kann. Deswegen stimmen wir für den Antrag des Stadtrates.

Herr Obmann Selb: Das Geld für die Stiftung ist nicht vorhanden. Der Herr Oberbürgermeister sagt, aus dem Jubiläumsschiff könne man es nehmen. Es kommt aber darauf an, wie man den Jubiläumsschiff verwendet. Wir behaupten, daß ein Defizit da ist.

Oberbürgermeister Dr. Veit stellt fest, daß er gesagt hat, daß eine genaue Abrechnung erst im nächsten Jahre vorgelegt werden könne.

Herr Gieseler: Hätte eine etwas ernuere Behandlung der Vorlage gewünscht. Nur wenn eine Sache ernst genommen werde, könne es sich, darüber zu diskutieren und gegenständig von einander zu lernen. Man werde auch dann auf die Ausführungen des Herrn Dr. Frank eingehen können. Den einstimmigen Beschluß des Stadtrates habe nicht der Vorstand angehängt, sondern sei einer Stelle entsprungen, aus der die schlimmsten Schöpfungen in unseren Anschauen hervorgegangen. Es handle sich um eine Gedächtnisrede, die sich nicht mit hundertten von Gedächtnisreden lasse. Es lasse sich nur sagen: Es ist ein schöner Gedanke; es ist der Gedanke, der in wenigen Tagen Hunderttausende für das Deutmal unseres verehrten Landesfürsten zusammenbrachte. Er bewies sich zwar, daß seine schwache Veredlichkeit eine Sinnänderung herbeiführen werde, aber er müßte doch darauf verzichten, daß der Eintritte für alles Ideale dieser Tradition in diesem Saale war. Diejenige Idealismus entsprache die ablehnende Haltung des Kollegiums nicht.

Herr Leichter: in der Ansicht, daß der Jubiläumsschiff ein Danergegenstand für die künftige Generation sei, wenn man die Proz. Verzinsung beibehalten würde. Das dann können auf die, die vor 100 Jahren gelebt haben, angewandt werden, glaube er nicht. Wir legen den Leuten Berufsrichtungen auf, die sie nicht leisten können oder schließlich nicht leisten wollen. Einen Struma, der ins Dunkle geht, wollen wir nicht mitmachen. Der Fonds würde vielleicht auch dann zu einem anderen Zweck vert enden werden, der uns nicht post. Man solle den schönen Gedanken, der ihm ja auch ideal und humanitätlich erweise, dahin behandeln, indem man unterläßt, wenn kommt es zuquit. Er behaupte, nicht denen in später Zukunft. Man wisse nicht, wie die Geldverhältnisse später seien. Eine nächtliche Prüfung der Frage führt dazu: Wenn auch die Gegenwart nicht belastet wird, so wird doch den späteren Geschlechtern ein jäheres Opfer auferlegt und das macht die Schönheit des Gedankens erlöschen. Wir sind der Ueberzeugung, daß uns in der nächsten Zeit größere Aufgaben bevorstehen und wir in der nächsten Budgetgestaltung viele Stunden lang hier sitzen werden, um das Budget in Ueberanstimmung mit den früheren Vorlägen zu bringen. Er sei deshalb für Ablehnung der Vorlage.

Oberbürgermeister Dr. Veit gibt zu, daß im ersten halben Jahrhundert die nachfolgende Generation nicht so stark belastet wird, wie die im zweiten Jahrhundert. Er zerbreche sich nicht den Kopf darüber, was die Leute in 50 Jahren hier in diesem Saale über den Fonds sprechen würden und ob sie ihn für einen schönen Gedanken ansehen oder nicht.

Herr Gieseler führt aus, daß Herr Obmann Selb die Sache so dargestellt habe, ob ob der künftigen Generation unentgeltlich hohe Kosten auferlegt werden. Dies mache im ersten Moment einen unangenehmen Eindruck. Es sei richtig, daß in den 50er Jahren die Belastung größer sei, als in den 40er. Es sei richtig, die Stadt habe große Aufgaben vor sich; aber mit 10 000 Mark könne sie keine großen Aufgaben erfüllen. Wären wir nicht froh gewesen, wenn wir über 1 300 000 M. zur Verfügung gehabt hätten und hätten das Krankenhaus ins Leben rufen können. Wenn wir nun einen solchen Fonds unsern Nachkommen überlassen, so werden sie froh sein, mit

Buntes Feuilleton.

— In der furchtbaren Familienkatastrophe in Stuttgart wird nachträglich mitgeteilt, daß schließlich das Verhältnis Kathe zu einer Heilerin der Grund zu dem furchtbaren Verbrechen gebildet hat. Kathe hat sich dieser gegenüber als Witwer ausgegeben. Seine erste Frau, die Mutter seiner beiden ältesten Kinder, ist erst vor 1 1/2 Jahren gestorben. Kurze Zeit nach ihrem Tode hat er über Schwärzer geheiratet. Aus dieser zweiten Ehe summe das jüngste, zehn Monate alte Kind. Die Frau hatte von dem außerordentlichen Verhältnis ihres Mannes erst vor kurzem erfahren, wie es scheint, aus Erörungen ihres Mannes mit Schwärzer. Sie hat dann, wie es heißt, selbst das Mädchen zu sich kommen lassen, um einen Vergleich herbeizuführen. Das Mädchen hat dann eine Woche lang bei der Familie gewohnt, wollte aber, als alle Bemühungen zur Veruhigung des Mannes, der bereits zwei Tage vorher einen Selbstmordversuch durch Vergiftung mit Bleisalz unternommen hatte, vergeblich blieben, sich am Samstag wieder fortbegeben. Angewiesen ist dann der Mord geschahen. Es scheint, daß Kathe zunächst das Mädchen, dann seine Frau, dann die Kinder, die sich vor ihm vertheidigt hatten, und zuletzt sich selbst mit einem Jagdgewehr erschossen hat. Die Hausbewohner wollten das Krallen der Schiffe am Samstag Nachmittag gefährt, sie aber für Detonationen von Feuerwerkskörpern gehalten haben. Die Familie lebte anscheinend in geordneten Verhältnissen. Kathe war auch früher als ein geachteter, ruhiger Mann bekannt, der an seiner Familie mit großer Herzlichkeit zu hängen schien. In letzter Zeit soll er aber über seine Verhältnisse hinaus gelacht haben und durch die sein Familienleben zerstörende Lieblichkeit zu der Tat gebracht worden sein. Er stand im Alter von 41 Jahren, seine Frau war etwa 26 Jahre alt. Die Verdrückung ist durch die Häufung von Gewaltthaten während der letzten Tage lebhaft erzeugt.

namentlich darsellerisch noch manches zu wünschen übrig lassende Lage des Herrn Bergmann zu rechnen ist, nicht beeinträchtigt werden konnte. Bekanntlich gab Herr Bergmann in der über manche Härten hinwegschauenden Sprachschonart dieses in den höchsten Tönen anstretenden Gottes wohl Anspredchendes als je bisher. Er hatte seine Rolle, in der er darsellerisch, einmal in seinen ersten Szenen, noch zu untreu und dadurch gelegentlich untreuwilgig komisch wirkt, zweifelloß heilig durcharbeitet, und damit wären wir bei der musikalischen Seele des Ganzen, Herrn Reichwein, angelangt, der mit imponierender Ruhe und Sicherheit die mit lebhaftem Besatz anheimkommene, von Meißner Gehraß technisch vorzüglich gehandhabte Aufführung leitete. Auch dem Orchester ist volles Lob zu spenden; ohne Mißtonen wurde die an Feinheiten so reiche Partitur — auch eine symphonische, und zwar eine ethische Dichtung! — ins Klagen gebracht. Die Kritik des Hrn. Kaffler und der Mimen des Herrn Sieder sind hinlänglich bekannt und wiederholt gewürdigte, profilierte Gestalten.

Weißt noch das Abenteuereposset der Damen v. Rappé, Durand und Neuhau zu erwähnen, das, wenn auch in der Tonfarbenzusammensetzung nicht unübersehblich, so doch recht hübsch und musikalisch vollwertig durchgeführt war. Wird diesen Floßbildern, die sich nunter wie der Fisch im Wasser herumtummeln, in absehbarer Zeit vielleicht noch das zum eleganten Schwimmen sich allein eignende „Eigenkleid“ durch untern der Reform der modernen Frauenkleidung gelegentlich sein Interesse zuwendenden Intendanten zuteil werden, dann wird auf der Bühne erst Lebenswahr werden, was sich der Dichter, als er das Abentheuer schuf, geträumt hatte.

diesen 10 000 M. könnten sie dann eine große Aufgabe lösen, während man jetzt mit ihnen nur eine kleine Aufgabe lösen kann. Er bitte die Vorlage zu genehmigen.

Herr Dr. Frank bemerkt, daß ihm soeben mitgeteilt worden sei, daß Herr Stadtrat Hirschhorn in seinen Ausführungen sich veranlaßt gesehen habe, den Ton zu hemmeln. Er wisse nicht, was Herr Stadtrat Hirschhorn dazu veranlaßt habe, ihn aus den Rednern herauszugreifen, hier ließen sich die Worte anwenden, daß von den Gelehrten, die verneinen, der Schalk noch am wenigsten verhebt ist. Er sei nicht der Einzige, der spottend gesprochen habe. Auch der Stadtverordnetenvorstand und der Herr Oberbürgermeister hätten ihre Stellungnahme in guten Späßen vorgetragen. Außer Herrn Stadtrat Hirschhorn sei wohl keiner im Saale, der behauert habe, daß der Ton untergraben würde durch ein paar Bemerkungen. Wenn er es aber unbedingt für notwendig halte, seine Ausführungen nochmals in erster Reihe zu wiederholen, so sei er gerne dazu bereit. Er wolle mit kurzen Worten und ersten Worten konstatieren: Wir lehnen die Vorlage ab: 1. weil die Vorlage keine Stiftung ist; 2. nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters soll jeder Bürgerausdruck und jeder Stadtrat, wann er will, mit der Sache Schluss machen können. Damit wird dasjenige entseht, was in der Vorlage edel und schön war. Es ist eine verkrüppelte Stiftung. 3. Lehnen wir es ab, weil wir nicht wissen, ob wir das Recht haben, 10 000 M. zu hinterlegen für eine derartige Sache. Und endlich lehnen wir die Vorlage ab, und das ist durchaus ernst, nicht bloß weil wir nicht wissen wie die Verhältnisse in 100 Jahren sind, sondern weil wir auch nicht wissen, ob die heutige kapitalistische Gesellschaft, ob in 100 Jahren noch Geld und Zinsen vorhanden sein wird oder nicht. Wir halten die Vorlage für eine gutgemeinte. Wir bitten Sie aber sie abzulehnen.

Oberbürgermeister Dr. Beck: Wenn Herr Stadtverordneter Dr. Frank seinen Vorschlag eine „Verkrüppelte“ Stiftung nennt, weil nicht durch die Stiftungsurkunde unabänderlich der Stiftungszweck festgelegt, sondern der Bürgerausdruck jederzeit die Stiftung ändern oder aufheben kann, so muß ich ihm erwidern. Nach meinem Dafürhalten darf die sichere, einmütige Verabredung unserer Stiftung nicht in vergilbten Stiftungsurkunden gefestigt werden, sondern in dem von mir als Epitaph vertrauensvoll auch für die Zukunft bei unseren Nachfolgern in diesem Saale unterfertigten tüchtigen Bürgerliste, und in der gleichen idealen Bestimmung unserer Nachkommen, wie sie in der Vorlage zum Ausdruck kommen soll.

Herr Dr. Stern betonte, es thue ihm in der Seele leid, diese Vorlage fallen zu lassen. Er müsse sagen, er finde den Spaß in Ton als solchen, solange er einen ernsten Hintergrund, behauere, niemals deplaciert. Herr Dr. Frank habe am Schlusse seiner Ausführungen vier Gründe angeführt und gesagt, in 100 Jahren sei eine ganz andere Wirtschaftsordnung da. Herr Dr. Frank habe dem Stadtrat den Vorwurf gemacht, daß er ein Träumer gewesen sei. Er frage, ob er nicht vielleicht auch in gewisser Beziehung ein Träumer sei, wenn gesagt werde, man könne nicht wissen, wo die 10 000 M. sind. Wenn Sie trotz der Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters noch der Meinung sind, dann dürften Sie noch nicht zur Ablehnung der Vorlage kommen, sondern Sie hätten noch warten sollen. Dann sei weiter ausgeführt worden, wir hätten nicht das Recht einen Jubiläumsschatz anzuhäufeln. Haben Sie nicht auch von diesem Jubiläumsschatz mitgenommen und sich nicht auch gefreut, ohne gefragt zu haben ob es rechtlich sei. Und wenn angeführt werde, daß wir deshalb die 10 000 M. nicht stiften könnten, weil wichtigere Aufgaben zu erfüllen seien, so sei dies nicht stichhaltig. Die Vorlage sei es wert, daß Gründe und Gegengründe gegeneinander abgemessen werden. Man habe es nicht nötig, der Vorlage sich zu widmen, die heute hier gemacht werde.

Herr Böglie bemerkte, daß unsere Nachkommen und Enkel ja alles bekommen, was wir hinterlassen.

Herr Lehmann protestiert gegen die Ausführungen des Herrn St. Dr. Stern, daß man an den Jubiläumstlichkeiten auch mitgenommen habe. Der Stadtrat habe beschlossen, das Jubiläumstfestlich zu begehen. Wenn man eingeladen wird und man leistet der Einladung Folge, so darf das einem nicht vorgeworfen werden.

Herr Dr. Stern bemerkt, daß er von Herr Lehmann falsch verstanden worden sei. Es liege ihm vollkommen fern, jemand zu beschimpfen. Redner resumiert jedoch seine oben schon angegebenen Ausführungen.

Herr Reinhardt bittet die Vorlage zurückzugeben.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Wenneis erfolgte die Abstimmung über die hauptsächliche Vorlage.

Die Vorlage wurde abgelehnt. Dafür stimmten nur der Stadtrat und die Stv. Reil, Schweitzer und Giesler. Ankauf eines Gemächshauses für die Stadtgärtnerei. Der Bürgerausdruck wird ersucht, zum Ankauf der Weibhorn'schen Gemächshausanlage in der Gartenbauanstaltung für Zwecke der Stadtgärtnerei den Betrag von 40 000 Mark zu bewilligen.

Herr Pulda begründet die Vorlage und bemerkt, daß dieselbe außerordentlich dringlich gelte. Was die Erstellung eines Gemächshauses betreffe, so gingen die Ansichten auseinander. Öffentlich sei in dem Betrag von 40 000 Mark auch die Kosten der Transferierung mit inbegriffen. Der Stadtverordnetenvorstand empfehle die Vorlage unter Berücksichtigung des Umfanges, daß die Kosten für die Transferierung schon in den 40 000 M. enthalten seien, zur Annahme. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß das Gemächshaus bereits auf der Düssel-dorfer Ausstellung schon ausgestellt gewesen wäre. (Zuruf des Herrn Bürgermeisters Ritter: Wer hat das gesagt? Nennen Sie diesen.) Wir haben das gehört und werden uns freuen, wenn dies nicht richtig ist. Ferner sei ihm mitgeteilt worden, daß die Summe von 40 000 M. auch für die Erstellung eines neuen Gemächshauses reiche.

Bürgermeister Ritter: Als es sich darum handelte, die Ausschaller zu finden, ist von der Ausschallungsleitung an alle Gemächshausfirmen geschrieben worden, damit sie sich an der Ausschallung beteiligten. Doch sich eine Firma nicht so ohne weiteres bereit finden läßt, einen Aufwand von 30-50 000 Mark lediglich für dekorative Zwecke zu machen, liegt ohne weiteres auf der Hand. Man wird dem einen mehr oder weniger einräumen müssen. Der Redner berichtet sodann über die Verhandlungen, die mit der Firma Weibhorn wegen der Errichtung eines Gemächshauses gepflogen wurden. Erst das Votum von der Firma ausgearbeitete Projekt wurde angenommen. Das Gemächshaus mußte infolgedessen ganz neu gebaut werden. Schon aus diesem ergab sich, wie trivial es sei, wenn man sage, das Gemächshaus liege schon in Düsseldorf vor. Die Herren des Preisgerichts hätten sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß das Weibhorn'sche Gemächshaus weitens das Beste vor von allen, die auf der Aus-

stellung vertreten waren. Das Gemächshaus sei völlig einwandfrei und die Firma mit der ersten Ausschallung behaftet worden. Einer der Herren des Preisgerichts habe den Wert des Gebäudes auf 60 000 Mark veranschlagt. Es sind Verhandlungen mit Weibhorn nicht weiter geführt worden und zwar aus dem einfachen Grunde, wenn man etwas billig erwerben wolle, so müsse man den Preis nachher herauskommen lassen. Verhandlungen wurden mit Herrn Weibhorn im Laufe des Sommers nicht geführt. Es wurden ihm keine Respektationen gegeben, keine Anläufe gemacht. Als die Ausschallung zu Ende ging, kam Herr Weibhorn zu uns und fragte, ob die Stadtgemeinde sich entschließen könnte, sein Gemächshaus anzukaufen, da er gehört habe, daß ein Bedarf vorliege. Es wurde ihm bedeutet, daß an einen Ankauf jedenfalls nur dann zu denken sei, wenn ein außerordentlich billiger Preis gestellt werde. Er hat sich bereit erklärt, den äußersten Preis zu stellen und schriftlich seine Offerte eingereicht. Diese lautete auf 48 000 Mark. Dies sei ein äußerst billiger Preis. Kurzer Hand habe ich 800 Mark daran getrichen und dem Stadtrat ist der Vorschlag gemacht worden, das Gemächshaus um 40 000 Mark zu erwerben, die Transferierung ist in den Akten mit inbegriffen.

Der Redner berichtet sodann über die weiteren Verhandlungen wegen des Ankaufs des Gemächshauses. Herr Weibhorn hat auf eine Anfrage zurückgegriffen: „40 000 M. einschließlich Abbruch und Wiederaufbau, Anlage bedeutet großes Opfer meinerseits.“ Das letztere glaube er ohne Weiteres. Die Sache liege so, der Preis ist durch die Verhandlungen auf das äußerste gedrückt worden. Es ist unmöglich, daß die Stadtgemeinde ein Gemächshaus, das erstklassig erbaut ist, zu einem Kaufpreispreis erwerben kann. Warum will die Stadtgemeinde die Gelegenheit nicht ergreifen, wo doch ein billiges Objekt zu erhalten ist und ein Bedürfnis hierfür vorhanden ist?

Herr Wanger ist gegen die Vorlage. Er hält das Gemächshaus auf die Dauer nicht für zweckdienlich. Seine Informationen stehen denjenigen des Herrn Bürgermeisters Ritter direkt gegenüber. Man solle eine neue Anlage schaffen, denn habe man etwas Nützliches.

Herr Sator gab namens seiner Freunde die Erklärung ab, daß sie gegen die Vorlage seien. Er sei der Ansicht, daß das Gemächshaus zu teuer sei, indem dasselbe zum größten Teil schon in Düsseldorf war. Er ist der Ansicht, daß die beiden Hängelbauten und das Viktoria Regiahaus für die Stadtgärtnerei unentwendbar seien. Die Anlage sei etwa 600 Quadratmeter groß. Er sei der Meinung, daß es mit 30 000 M. bezogen sei. Ferner stehe das Gemächshaus auf einem Grund und Boden, den man in der nächsten Zeit zu Bauplänen erziehen wolle, damit der Wohnpark gesteuert werde. Die Stadtgärtnerei werde ja doch vergrößert. Das sei das Gemächshaus braucht, wofür sie nicht erst seit heute, sondern schon seit längerer Zeit. Wenn sie in der Not ist, kann eine Kothalle errichtet werden. Für den Preis von 40 000 M. könne man eine Ausschreibung veranstalten. Das gebe dann ein Gemächshaus, wie es die Stadt braucht. Er stimme also gegen die Vorlage.

Herr Seiler erklärt, seine Kräfte seien für die Vorlage, jedoch unter der Voraussetzung, daß dadurch die sofortige Errichtung der Straßen zwischen Seidenheimerstraße und Hülshen Stadteil nicht gehindert ist. Sie käufte infolgedessen daran die Bedingung, daß die Anlage bis höchstens 1. Juni 1908 vom Plage entfernt sein muß. Es ist der Stadt hiermit Gelegenheit gegeben, ihre Pläne für den Winter auszubewahren. Wir erklären uns zu diesem Antrage bereit, durch eine große Anzahl von Mitbürgern die heute schon durch die Abperrung der Straßen sehr geschädigt worden sind.

Herr Schäfer findet einen Widerspruch in den Ausführungen des Herrn Sator. Der Preis für das Gemächshaus sei ein außerordentlich möglicher, der Plan sei tadelloser ausgeführt. Die Einrichtung sei der Renzlei entsprechend. Es sei ein ganz neues Gebäude und er wiederhole nochmals, wir kommen in unserem Leben nicht mehr zu einem solch billigen Gemächshaus.

Er bitte um Annahme der hauptsächlichen Vorlage.

Stadtgärtnerei Eigenlohr macht die Mitteilung, daß die Stadtgärtnerei dringend ein neues Gemächshaus brauche. Das Gemächshaus sei gar nicht mehr ausreichend und man habe immer die Hoffnung gehabt, daß die Ausschallung wohl Gelegenheit geben werde, ein neues und besseres Gemächshaus anzuschaffen. Die Abweisungen des Weibhorn'schen Gemächshauses sind so, daß die beiden anderen Häuser ohne weiteres, in vollender Weise an dieses Haus angegeschlossen werden können. Dann werde man reichlich Platz für eine Reihe von Jahren haben. Die kleinen niederen Gebäude, von denen Herr St. Sator meint, sie seien nicht verwendbar, sind sehr gut verwendbar. Es sind Vermehrungshäuser und Vermehrungshäuser seien notwendig, damit die Stadtgärtnerei im Frühjahr oder Sommer die nötige Anzahl Pflanzen liefern könne. Er glaube, das Weibhorn'sche Gemächshaus wäre für unsere Zwecke sehr gut geeignet und reichlich groß. Nicht absolut notwendig wäre vielleicht das Viktoria Regiahaus, aber es wäre doch eine angenehme und günstige Erweiterung unserer Stadtgärtnerei, wenn man auch einmal ein paar Wasserfontänen stehen könnte. Die Fläche der Weibhorn'schen Gemächshäuser betrage 770 Quadratmeter. Die Konstruktion des Gemächshauses sei eine ganz vorzügliche; es war jedenfalls das beste Gemächshaus, das in der Ausschallung war. Wenn man sage, für 40 000 Mark könne man ein anderes Gebäude erstellen, so sei das leicht gesagt. Aber die Qualität vieler doch auch eine Rolle. Was den Platz betreffe, so sei die Entfernung der Gemächshäuser nicht notwendig, denn es liege zwischen der Stadtgärtnerei. Er möchte nur dringend bitten, daß man die günstige Gelegenheit benütze, um auf billige Weise zu einem guten Gemächshaus zu kommen.

Herr Dr. Weingart glaubt, daß durch die Annahme der Vorlage dem Herrn Bürgermeister Ritter vielleicht mehr Freude bereitet hätte, als wenn man ihn in lobenden Worten die Anerkennung für die Ausschallung ausdrückte. Er möchte nicht sagen, daß er für die Ablehnung der Vorlage sei, sondern er möchte bitten, die Vorlage für heute zurückzugeben. Die wichtigsten Bedenken, die gegen die Vorlage erhoben wurden, lassen sich vielleicht durch beseitigen. Vielleicht seien doch gewisse Teile des Gemächshauses in Düsseldorf schon gewesen. Ferner müsse man mit dem Besitzer des Hauses übereinkommen, ob er auch bereit ist, die Fundamentierungsarbeiten an der neuen Stelle des Gemächshauses für den Preis von 40 000 M. auszuführen. Ferner wäre es anzunehmen, wenn man einen Teil der früheren hülshen'schen Gärtnerei bestimme, damit man sich davon überzeugen könnte, daß das Gemächshaus sich darin gut ausnehme. Er halte es für richtig, daß die Beratung dieses Punktes verschoben werde, damit man vielleicht in der nächsten Sitzung die Vorlage einstimmig annehmen könne.

Herr Jähle läßt aus, daß hier keine Reste seien, die sich nicht beseitigen lassen. Wenn wir eines besseren überzweigt sind, so ordnen wir dieser Ansicht nicht aus dem Wege und lassen sie auf uns einwirken. Wir haben hier Behauptungen von Herren gehört, auf deren Urteil wir etwas geben müssen. Wenn nun der Stadtrat sagt, es sei ein sehr billiger Preis, wenn man von Seiten der Sachverständigen höre, es sei ein ganz vorzügliches Gemächshaus, so seien das Gründe, an denen man nicht achtlos vorbeigehen dürfe. Falls die Transferierungskosten

in den 40 000 M. enthalten seien, so werde ein großer Teil seiner Parteifreunde sich mit der Vorlage befremden können. Jedenfalls wäre es gut, wenn man noch nähere Aufschlüsse haben könnte.

Gartenbauingenieur Reerl bemerkt, daß das Weibhorn'sche Gemächshaus ein vollständig neues Gebäude sei. Das Düssel-dorfer Gemächshaus der Firma sei nach Hülshen gekommen. Ein anderes Gemächshaus derselben Firma sei von einer Düssel-dorfer Firma angekauft worden. Es könne also nicht ein und dasselbe Gebäude sein.

Herr Schäfer empfiehlt das Gemächshaus zum Ankauf. Es sei an demselben nichts anzusehen und es sei in tadelloser Bauweise. Es sei auch schwierig, aus alten Teilen ein neues Gemächshaus zu konstruieren.

Herr Pulda ist nur dann mit der Vorlage einverstanden, wenn in den 40 000 M. alle Kosten mit inbegriffen sind, die die Transferierung des Gemächshauses verursache. Oberbürgermeister Dr. Beck läßt es für ausgeschlossen, daß die Firma auch die Fundierung des Gebäudes, die von der Stadt erstellt werde, befreit wird.

Herr W. hat die Überzeugung, daß das Gemächshaus in seiner Konstruktion vollständig gut ist und wenn man sich nun freit, ob das Haus schon in Düsseldorf war oder nicht, so freite man um des Kolossal Wert. Er werde für die Annahme des Antrages stimmen. Ein Bedürfnis für ein Gemächshaus für unsere Stadt sei vorhanden. Man solle die Vorlage nicht vertagen, sondern heute annehmen.

Herr Lamerdin hat gegen den Ankauf des Gemächshauses nichts einzuwenden. Der einzige Wunsch sei, daß die Straßen-durchführung würde. Er glaube, daß, wenn das Gemächshaus stehen bleibe, man noch einmal 8 Jahre lang warten müsse, bis das Gelände frei werde.

Oberbürgermeister Dr. Beck verliest hierauf einen Antrag des Herrn Wachenheim und Genossen, der die Vertagung der Vorlage fordert.

Herr W. schlägt sich dem Antrag des Herrn Weingart an. Ein Reinhardt verlangt die Kosten des Gemächshauses und des Viktoria Regiahauses getrennt aufgeführt.

Oberbürgermeister Dr. Beck erwirbt dem Vorredner, wir brauchen kein Viktoria Regiahaus und wollen ebensolche keine Viktoria Regia pflanzen. Dann sind unsere Mittel nicht groß genug. Von den Sachverständigen sei darauf hingewiesen, daß das Viktoria Regiahaus nicht für die Viktoria Regia bestimmt ist, sondern für andere Zwecke der Gärtnerei sei es wie prädestiniert. Erst diese Erklärung habe ihn bewogen, der Vorlage zuzustimmen.

Es erfolgte hierauf die Abstimmung über den Vertagungsantrag Wachenheim, der mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Dann hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. Schluß 8.35 Min.

Ein Schlüsselloch der Mannheimer Ausstellung im Bürgerausdruck.

Die erste Sitzung des Bürgerausdrucks nach der Ausschallung. Wer geglaubt hatte, daß die Begeisterung der Bevölkerung, von der die Ausstellung vom Eröffnungstage bis zur Stunde des Schlußes getragen wurde, ihren Nachhall in der Herabsetzung der Bürgerausdruck finden und dort in irgend einer Weise zum Ausdruck kommen werde, der hat eine bittere Enttäuschung erlebt. Nicht als ob wir gehofft hätten, daß die Jubelstimmen und Festreden, die in den hinter uns liegenden 6 Ausstellungsmonaten erklangen, im Bürgerausdruck aufs neue angeklungen würden; aber erwartet hatten wir einen reichhaltigen Blick in die vergangene Jubiläumzeit und damit in Verbindung die Bekundung der Anerkennung und des Dankes an alle diejenigen Kreise, Institutionen und Personen, welche in irgend einer Weise an der Ausstellung sowie an den Jubiläumstlichkeiten mitgewirkt haben. Vielleicht wird das Versäumte nachgeholt in der später stattfindenden Sitzung, die sich mit der Schlussabrechnung über die Ausstellung und das Jubiläumsjahr zu befassen haben wird, obgleich solche Ehrungsbücher nur dann in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt werden, wenn sie unter dem feischen Eindruck der hinter uns liegenden Ereignisse sich vollziehen.

Zu einem kleinen Erinnerungsdank an die Ausstellung gestalte ich dagegen die Beratung über den Antrag des Stadtrats über Bildung eines Jubiläumsschatzes für das Jahr 2007. Die Debatte über diese Frage nahm teilweise einen hohen Flug an und bot vielfach ästhetischen Genuß. Als vor Monaten der Plan der Errichtung eines Jubiläumsschatzes auf-tauchte, nahmen wir zu der Angelegenheit einen skeptischen Standpunkt ein und gaben der Auffassung Ausdruck, daß der Gedanke in der Bürgerausdruck keinen allzu großen Anklang finden werde. Diese Anschauung hat sich im Verlaufe der Zeit als die richtige erwiesen und sie wurde auch durch den abschließenden Beschluß, zu welchem gestern der Bürgerausdruck gelangt, bekräftigt. Es wäre aber ungerecht, wenn wir heute nicht konstataren würden, daß die Ausführungen, mit denen Herr Oberbürgermeister Dr. Beck den von ihm gemachten Vorschlag der Bildung eines Jubiläumsschatzes begründete und verteidigte, sehr viele bestechende Momente brachte, die von Herzen kamen und ans Herz griffen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß viele Derjenigen, welche in die gestrige Bürgerausdruck-Sitzung gingen, in der festen Überzeugung, daß die Bildung eines Jubiläumsschatzes ein völlig unbedeutender Gedanke sei, das Rathaus verlassen mit der Entschluß, daß der Plan auch sehr viele Lichtseiten habe und daß er vielleicht eine wohlwollendere und sympathischere Behandlung verdient hätte, als wie sie ihm zu teil geworden ist. Wir gehen sogar noch weiter und behaupten, daß, wenn Herr Oberbürgermeister Dr. Beck der von Herrn Stadtverordneten Wenneis in letzter Minute gegebenen Anregung der Vertagung des Antrages bis nach der Schlussabrechnung über das Jubiläumsjahr entsprochen hätte, das Schicksal des Jubiläumsschatz-Projektes vielleicht ein ganz anderes geworden wäre. Die vorzüglichen, von hochfliegendem Idealismus getragenen, einen festen Glauben an die aufwärts gehende Zukunft unserer Stadt und an die kraftvolle Tätigkeit der kommenden Generationen unserer Bürgerausdruck bekundenden Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Beck empfehlen wir unseren Lesern zu eingehendem Studium.

Wenn wir oben ausführten, daß das Schicksal der Jubiläumsschatz-Vorlage vielleicht ein anderes geworden wäre, wenn die Angelegenheit erst nach der Schlussabrechnung an den Bürgerausdruck gebracht worden sein würde, so müssen wir diese Auffassung die Befestigung beifügen, daß, um eine andere Wendung der Frage herbeizuführen, es wohl erforderlich gewesen wäre, dem beschätzten Jubiläumsschatz einen anderen Charakter zu geben und zwar nach der Richtung hin, daß die Früchte der Stiftung schon der heutigen Generation zuteil geworden wären. Herr Oberbürgermeister Dr. Beck verweist in

seinen Darlegungen auf die glänzende Zeit, in der wir das 300-jährige Jubiläum feiern dürfen und deutete im Anschluß hieran an, daß unsere in 100 Jahren lebenden Nachkommen wohl kein Verständnis dafür haben würden, daß man in einer solchen reichen Zeit keine Mittel zur Durchführung eines idealen Gedankens übrig hatte. Wenn diese Nachkommen die Berichte über die gestrige Bürgerauswahlsitzung lesen, werden sie jedoch nicht nur auf die schwungvollen Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Beck über die Jubiläumstiftung stehen, sondern sie werden vielleicht auch finden, daß man in der gleichen Sitzung vom Stadtratliche aus erklärte, daß man keine Gelder habe, um die notwendige Verbesserung der Lehrkräfteverhältnisse an der Höheren Mädchenschule herbeizuführen. Sie werden ferner stehen auf die Debatte über die Notwendigkeit der Errichtung eines neuen Asyls für Obdachlose und sie werden weiter Ausführungen lesen, in welchen mit Recht wiederholt Klage darüber erhoben wurde, daß in diesem Jahre so viele arme kranke Kinder von den Ferienkolonien ausgeschlossen werden mußten, weil nicht genügend Gelder vorhanden waren. Das sind bedeutende Schattenseiten des gleichenden Bildes, welches die Jubiläumstiftung und die Berichte über dieselben hinterlassen mögen. Und wenn die Jubiläumstiftung hier einsehen und versuchen sollte, diese dunklen Schattenseiten nach dieser oder jener Richtung hin zu mildern, so könnte wohl dieser Stiftung kein edlerer Zweck zugesprochen werden. Auch sind wir sicher, daß unsere Nachkommen dann keine Veranlassung mehr haben würden, etwa die Nase über die Kurzsichtigkeit und Spindigkeit der heutigen Generation zu rümpfen.

Der dritten oder vierten Generation würden nach den Bestimmungen der städtischen Vorlage über die Jubiläumstiftung die Früchte derselben zugute kommen. Wir meinen, daß, wenn man heute reiche Mittel zur Verfügung stellt zur Erweiterung unserer Ferienkolonien, den nachfolgenden Generationen vielleicht ein viel größerer Dienst erwiesen würde, als wenn sie in 100 Jahren in den Besitz von 1 300 000 M. gelangen. Kann man für die Zukunft besser sorgen als dadurch, daß man das heranwachsende Geschlecht zu einem kräftigen und gesunden zu gestalten sucht? Wäre es nicht möglich, noch in letzter Stunde zum Ansehen an das Jubiläumsjahr einen Betrag von etwa 50 000 M. aus Jubiläumsgeldern und Stadtkassensmitteln zur Verfügung zu stellen und die Bürgererschaft vielleicht aufzufordern, diese Mittel durch Zusiftungen zu erhöhen? Wir glauben, daß es nur eines Appells an die Bürgererschaft bedürfte und auch dem letzten Akte des Jubiläumjahres würde ein glänzendes Gelingen gesichert sein.

Auch der Notpennia, von dem Herr Oberbürgermeister Dr. Beck gestern wiederholt sprach, wäre geschaffen, denn selbstverständlich dürften von dieser Stiftung jeweils nur die Zinsen verwendet werden, während das Kapital bestehen bleiben müßte. Köme dann wirklich eine sehr schlimme Zeit, dann würde es jede Generation verantworten können, in solchen Zeiten die für die Ferienkolonien bestimmten Gelder vielleicht zu bewahren, um Speise und Trank für die Vermissten der Armen zu schaffen. Wir glauben nicht, daß die ideale Seite dieses Projektes derjenigen nachstehen würde, die ohne Zweifel in dem städtischen Jubiläumsgeld-Antrag liegt. Wir sind sicher, daß eine solche Stiftung für die Ferienkolonien im Bürgerauswahlschuss einstimmig genehmigt und von der gesamten Einwohnerschaft mit Freuden aufgenommen würde. Wer schon einmal Gelegenheit hatte, die kleinen Ferienkolonisten in Wald und Flur spielend oder an blumengeschmücktem Wieserand, am Ufer eines murmelnden Baches lagernd, zu beobachten; wer wahrnehmen konnte, welche frische Farbe die früher bleichen Gesichtszüge angenommen hatten, welche frohe Lebenslust und welche innige Dankbarkeit aus den freiliegenden und heiteren Gesichtern der kleinen Augen sprach; der wird überzeugt sein, daß keine Stiftung eine fruchtbringendere und segensreichere Anlage, sowohl für die Gegenwart wie für die Zukunft finden kann, als wenn man sie den edlen und gemeinnütigen Bestrebungen der Ferienkolonisten zuweist.

Eines steht wohl fest: Unsere Nachkommen werden, wenn sie die Geschichte des Jubiläumsgeldes durchblättern, sich erstaunen darüber, daß in diesem denkwürdigen und erinnerungsreichen Jahre keinerlei Stiftungen irgendwelcher Art, sei es durch die Stadt, sei es durch wohlhabende hochsinnige Bürger — und deren haben wir in Mannheim sehr viele — erfolgt sind. Dieses Verstummen nachzuholen dürfte eine Ehrenpflicht der Stadt und der Bürgererschaft der letzten Wochen des Jubiläumjahres sein.

Der jungerberale Verein Mannheim beauftragt heute abend 8 1/2 Uhr im Saale der Bäderinnung, S. 6, 40 (Eingang durch den Hof), eine öffentliche Versammlung, auf die nochmals die Aufmerksamkeit der Parteifreunde gelenkt sei. Es steht ein sehr interessantes und politisch wichtiges Thema zur Diskussion: „Der deutsche Kaufmann und die Politik“. Das Referat erstattet Herr Stobtrat Rißch aus Karlsruhe. Es ist anzunehmen, daß die aktuelle Frage eine lebhaftige Debatte hervorgerufen wird. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die Parteifreunde sich in möglichst großer Zahl zu der Versammlung einfinden, zumal anzunehmen ist, daß auch Segner das Wort nehmen werden. Aus hiesiger Besuchen Versammlungen lassen sich immer glänzende Erfolge auf das frische Leben geben, das in den Organisationen pulstert.

Nichtlich-positive Vereinigung. Auf die heute Abend im Hofpl., U. S. 28, stattfindende Monatsversammlung mit Vortrag des Herrn Stobtrat Rißch-Karlsruhe sei an dieser Stelle hingewiesen. Näheres laut Inserat.

Badener Waisen-Frauenverein. Die monatliche Zusammenkunft findet wieder statt heute Mittwoch, 6. November, nachmittags 4 Uhr, in U. S. 28. Herr Stobtrat Rißch wird aus der indischen Frauenmission berichten. Die Freundinnen sind herzlich hierzu eingeladen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 6. Nov. Der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg, ist aus München zurückgekehrt, wo er sich mit den Vertretern der bayerischen Regierung über die laufenden Fragen der inneren Politik auseinandergesetzt hat. Der Staatssekretär wird sich im Laufe der nächsten Wochen zu gleichem Zwecke auch nach Stuttgart und Karlsruhe begeben.

* Berlin, 5. Nov. Der aus den Potsdamer Skandalaffären bekannte Graf Lynar hat sich, wie die „Volkstz.“ von unterrichteter Seite erfährt, der strafrechtlichen Verfolgung wegen Vergehens gegen § 175 dadurch entzogen, daß er seinen ständigen Wohnsitz in der Schweiz genommen hat; er hat nach dem Schlosse Mübhenau, dem Stammsitze des Grafen Lynar, die Mittelteilung gelangen lassen, daß er nicht dorthin zurückkehren werde, sondern dauernd in der Schweiz bleiben wolle.

* Paris, 6. Nov. Eine große Anzahl radikaler Deputierten und Senatoren beschloß, Bougois zu Ehren ein Bankett zu veranstalten in dankbarer Anerkennung der Rolle, die er auf der Haager Friedenskonferenz gespielt habe.

* Paris, 6. Nov. In der Garnison der Festung Verdun, sowie in einer Garnison in Clermont-Ferrand ist der Typhus ausgebrochen.

* Rochefort-sur-Mer, 6. Nov. Der Dampfer „Le-gout“ mit einer Ladung von Saint-Vieux nach Bordeaux unterwegs, scheiterte in der Nähe der Insel Oléron. Der Kapitän und 6 Matrosen, die sich in einem Rettungsboot retten wollten, ertranken.

Römischer Geistesbrand.

* München, 5. Nov. Der „Bayer. Kurier“ meldet: Die Adresse des Würzburger Klerus, welche ihre Zustimmung zu der Enzyklika Pius X über den Modernismus sowie dessen Syllabus ausdrückt, ist bekannt. Interessanter aber ist es, zu hören, was in der letzten Zeit in eingeweihten Kreisen viel besprochen wird, daß der hochwürdige Herr Bischof von Würzburg im Auftrage des Heiligen Vaters die Professoren der theologischen Fakultät auffordern wird, die Annahme der päpstlichen Lehre ihrerseits noch einmal eigens zu verprechen.

Der Reichstag.

* Berlin, 6. Nov. Der Reichstag wird sich vor Weibnachten, wenn nicht allerlei Interpellationen einen Strich durch die Rechnung machen, voraussichtlich mit dem Etat, dem Vörsengesetz und dem Vereinsgesetz zu beschäftigen haben. Diese Entwürfe werden wohl in kurzem auch veröffentlicht werden. Die Bestimmungen über die Versammlungsfrage im Vereinsgesetz sollen einer parlamentarischen Korrespondenz zufolge dahin gehen, daß eine nicht-deutsche Sprache in Versammlungen polizeilicher Art nicht zugelassen werden darf, wenn die Aufsichtorgane nicht in der Lage sind, den Verhandlungen in der fremden Sprache folgen zu können. Ein absolutes Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen in Versammlungen wird nicht gefordert, doch will sich der Staat das Recht sichern, jederzeit Versammlungsverhandlungen beaufsichtigen zu können, um etwaige ungesetliche Handlungen zu verhindern.

Das „Sprachenverbot“ im Reichsvereinsgesetz.

* Berlin, 6. Nov. Die „R. L. Z.“ schreibt: „Das „Berl. Tagebl.“ und nach seinem Vortritt die „Germania“ berichten: Der Abgeordnete Wasser mann hätte versichert, daß die Nationalliberalen des Reichstages dem angebotenen Sprachenverbot im kommenden Reichsvereinsgesetz zustimmen würden. Uns ist von einer solchen Erklärung des Abg. Wasser mann nichts bekannt geworden. Wohl aber wissen wir, daß Herr Wasser mann, wenn wir nicht irren, in der Ehinger Versammlung in Uebereinstimmung mit unseren eigenen Darlegungen erklärt hat: ein generelles Verbot in Versammlungen fremder, soll heißen nicht-deutscher Sprachen sich zu bedienen, sei keineswegs geplant. Uns will bedünken: das ist etwas wesentlich anderes. Womit die militärischen Anmerkungen von „Berl. Tgl.“ und „Germania“ glatt zu Boden fallen.“

Die Einweihung der Gustav-Adolf-Kapelle.

* Lüben, 5. Nov. Aus Anlaß der morgen stattfindenden Einweihung der Gustav-Adolf-Kapelle ist die Stadt festlich geschmückt. Zahlreiche auswärtige Gäste sind bereits eingetroffen. Die Feierlichkeit wurde heute abend durch eine Versammlung eingeleitet, an der u. a. die schwedischen Damen und Herren teilnahmen. Mit dem Gesang „Eine feste Burg ist unser Gott“ begann die Feier. Superintendent Jödicke hieß die Gäste willkommen und sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Stifter der Kapelle, Konrad Ekman, den Tag der Einweihung nicht mehr erlebte. Erzbischof Ekman schloß hierauf in längerer Rede zunächst die Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und Schweden während einer Jahrhunderte langen geschichtlichen Entwicklung. Die Sacerden könnten Gott danken, daß sie den überaus reichen aber die sie von Deutschland auf dem ebiete der Wissenschaft, Kunst und Literatur und besonders in religiöser Hinsicht empfangen hätten, wertvolle Gegenleistungen gegenüberstellen können. Die tiefsten Bande zwischen Deutschland und Schweden seien in Luther und Gustav Adolf gegeben. Der Bischof schloß mit dem Wunsch, daß die oben angeedeuteten Verbindungen und die gemeinsamen großen Erinnerungen die Liebe zwischen den Deutschen und dem schwedischen Volke immer tiefer gründen möchten. Hierauf erwiderte Generalsuperintendent Jacobi-Madeburg und gab eine Schilderung des nordischen Volkcharakters. Nachdem

Johann Viktor Mehrson-Lannemora den Stifter der Kapelle, den verstorbenen Konrad Ekman, geehrt hatte, wurde die Feier mit dem Gesänge „Nun danket alle Gott“ geschlossen.

Ein neues Eisenbahnunglück.

* Dülken, 6. Nov. Heute früh 6 Uhr 50 Min. geriet der von Brueggen kommende gemischte Zug auf ein Nebengleise und fuhr in das Stationsgebäude hinein. Die Lokomotive stieß vollständig in dem Raum der Fahrkartenausgabe und der Stationstelegraphie. Zwei Personenwagen sind vollständig zertrümmert und mehrere andere stark beschädigt. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht bestimmt zu erfahren. Es scheint aber, daß der Zug infolge des starken Nebels, der die Schienen sehr schlüpfrig machte, nicht bremsen konnte. Die schwer beladenen Güterwagen drängten anscheinend mit voller Wucht hinten nach, und trieben so den Zug weiter. Verletzt sind 8 Personen, darunter einige sehr schwer, deren Namen jedoch noch nicht festgestellt werden konnten. Es befinden sich einige Schulkinder darunter, die hier die Schule besuchen.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Prozeß Gurkow.

□ Berlin 6. Nov. Aus Petersburg wird gemeldet: Heute haann vor dem Senat der Prozeß Gurkow. Der frühere Gehilfe des Ministers des Innern erschien als Angeklagter wegen der Lidwallaffaire vor dem Senatsforum. Er ist nicht mehr derselbe, wie in der ersten Reichsduma, wo er über die Kadetten herfiel. Sein Haar ist ergraut und er ist sichtlich gealtert. Nicht ohne Erregung gibt Gurkow Auskunft auf die Fragen des Vorsitzenden. Der alte Saal aus Katharinas Zeiten ist von einem sehr gewählten Publikum bis auf den letzten Platz besetzt. Man sieht viele Generale, doch überwiegt die Damenwelt wie bei allen Sensationsprozessen. Im Publikum herrscht die Meinung vor, daß Gurkow bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ziemlich sicher freigesprochen, oder wenigstens mit einer sehr gelinden Strafe davon kommen werde. Von den geladenen Zeugen sind die wichtigsten Lidwall, Baron Frederik, Finanzminister Kotschew und Premierminister Stolypin. Der Prozeß dürfte sich mehrere Tage hinziehen.

Drahtnachrichten unseres Londoner Bureau.

+ London, 6. Nov. „Daily Mail“ teilt mit, daß der neue Torpedobootszerstörer „Moham“ von der Firma White in Limes für die englische Marine erbaudt wurde und bei der offiziellen Probefahrt eine Geschwindigkeit von 33,4 Knoten erreichte. Die Erhaltung des neuen Dampfers erfolgt ausschließlich durch Oel. Die Turbinenmaschinen entwideln 14,500 Pferdekraft.

Die Englanbreise des deutschen Kaisers.

+ London, 6. Nov. Der „Standard“ meldet aus Oxford, daß Kaiser Wilhelm die Ehre eines Doktors des Rechts der Universität Oxford verliehen wurde. Die Nachricht, daß die deutsche Kaiserin infolge der Erkrankung der Prinzessin von Sonderburg-Wittsburg den Kaiser nicht nach England begleiten werde, hat das lebhafteste Bedauern der hiesigen Presse hervorgerufen.

Volkswirtschaft.

Zahlungseinstellung. Aus Hamburg wird gemeldet: Die hiesige Import- und Exportfirma W. L. Böhme u. Co., der die insolvente Bankfirma F. Lappenberg als Kreditgeberin und Giroverbindung diente, stellte ihre Zahlungen ein. Der Verbindlichkeitsbetrag betragen M. 250 000; die Firma hat nur geringe Bedeutung.

Bei der Oberbairischen Versicherungs-Gesellschaft in Mannheim wurden am 1. Oktober 1907 auf Unfall, 911 (und zwar auf Einzel-Unfall 448 und auf Kollektiv-Unfall 463), auf Selbstsch. 698, auf Glas, 263 und auf Einbruch-Diebstahl-Versicherung 80 Schäden.

* Minneapolis, 5. Nov. Infolge der allgemeinen Finanzlage haben zahlreiche Getreidemühlen ihren Betrieb zeitweilig eingestellt.

* New York, 6. Nov. Staatssekretär Cortelhou ist wieder in Kennerl. Er deponierte 7 100 000 Pfund in Gold in der hiesigen Bank und hat eine Besprechung mit Person Rogan und anderen leitenden Finanzmännern. Es heißt, daß sich die Lage in Kennerl infolge der Entwicklung in den letzten 24 Stunden rasch bessert.

Wasserstandsberichte im Monat November.

Beobachtungen von Rhein:	Datum:						Anmerkungen
	1	2	3	4	5	6	
Ronnau				3,4	3,5		
Radshut				1,45	1,65		
Schünau*)	1,22	1,19	1,18	1,15	1,18	1,0*	Abd., 6 Uhr
Schl.	1,85	1,51	1,79	1,76	1,67	1,64	9, 6 Uhr
Unterburg				2,95	2,87		Abd., 6 Uhr
Wagn.	3,11	3,01	3,04	3,04	3,05	3,04	2 Uhr
Germerheim				2,55	2,43		11-1, 12 Uhr
Mannheim	1,16	2,19	2,13	2,04	1,99	1,92	Morg. 7 Uhr
Mainz	0,04	†)	†)	†)	†)	†)	Fr.-1, 12 Uhr
Ningen.				0,55	0,57		10 Uhr
Raub.	1,10	1,08	1,09	1,04	1,02	0,97	2 Uhr
Rohls.				1,24	1,23		10 Uhr
Röln	0,88		0,89	0,85	0,81		2 Uhr
Ruhrort				§)	§)		6 Uhr
am Neckar:							
Mannheim	2,18	2,15	2,13	2,07	2,0	1,98	3, 7 Uhr
Heilbronn	0,99	0,11	0,14	0,2	0,17	0,15	3, 7 Uhr

†) = 0,04. †) = 0,03. §) = 0,02. §§) = 0,08. *) = 0,05
* Dimm, bed. dt. - 7° R.

Modehaus **S. Fels** Englische Blusen-Flanelle waschecht, sehr vorteilhaft 98 u. 75 Pfg.
 Englische Blusen-Flanelle vornehme Tennis-Straißen Wert 2,50 u. 2,25 1,95, 1,75, 1,45
 Englische Blusen-Flanelle achte „Vyella“ krimpfrei, in hervorragend schönen Dessins. 74910
 NB. Der Ausverkauf der Rest-Bestände schwarzer sowie weisser Stoffe, teilweise die Hälfte des Preises dauert nur bis morgen Abend.

